

Matthias Möhring-Hesse/Bernhard Emunds/

Wolfgang Schroeder

Nachwort: Reformen für uns »Sozialdemokraten«

Eine bunte Schar politisch ambitionierter Menschen versammelt dieses Buch: einen Sozialethiker, zwei Journalisten, eine Wirtschaftswissenschaftlerin und mehrere ihrer Kollegen sowie Politikerinnen und Politiker, schließlich einen Philosophen und einen Bischof. Bunt sind ihre Professionen, bunter vielleicht noch ihre Beiträge zu diesem Buch. Eingeladen, eine Alternative zur aktuellen Standortpolitik, nämlich die Reformpolitik gesellschaftlich kontrollierter Kooperationen, zu diskutieren, haben sie sich nicht zu einem »concerto grosso« zusammenfinden können. Zu unterschiedlich sind ihre Positionen im Wettstreit der Meinungen. Machen sich die einen für die kooperative Reformpolitik stark, äußern die anderen ihre Bedenken. Von letzteren zeigen sich wiederum einige kompromißbereit, anderen dagege wehren energisch ab.

Der in diesem Buch geführte Wettstreit der Meinungen spiegelt die politischen Konflikte um eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik gut wider – allerdings mit einem signifikanten Unterschied: Während es in der politischen Öffentlichkeit häufig den Anschein hat, daß es einer kleinen Schar wackerer Neoliberaler obliegt, gegen eine übermächtige Mehrheit von beharrenden »Sozialdemokraten« auf tiefgreifenden Reformen zu bestehen, sind sich die in diesem Buch versammelten Autorinnen und Autoren, obgleich nicht allesamt Neoliberale, einig: Bereits zu lange steckt die Bundesrepublik im Reformstau! Die verfestigte Massenarbeitslosigkeit sowie die »neue Armut« sind nur die offenkundigsten Symptome einer Strukturkrise, die bislang weder von den politischen noch von den wirtschaftlichen Akteuren bewältigt werden konnte. Trotz des Reformeifers, mit dem sie sich in ihren Reden und Interviews ins Zeug legen, bleiben tiefgreifende Reformen aus. Diesen Reformstau abzumahnern und Reformbedarf anzumahnern bleibt in diesem Buch nicht das Privileg von Neoliberalen.

Ein weiteres macht der vorliegende Meinungs- und Ideenstreit deutlich: Bei den notwendigen Reformen geht es ums Ganze, um die zukünftige

Gestalt dieser Republik. Auch wenn uns Bielefelder Soziologen mahnen, daß gesellschaftliche Zusammenhänge zu komplex seien, um sie als Ganzes behandeln zu können – in den politischen Debatten der Gegenwart steht genau dieses Ganze zur Diskussion. Es geht eben nicht nur um die Höhe der Sozialhilfe, nicht nur um Ladenöffnungszeiten; es geht nicht nur um beschäftigungspolitische Maßnahmen und auch nicht nur um die Höhe von Einstiegs- und Spitzensteuersätzen. Bei alledem und anderem geht es immer auch um die Gesellschaft, in der wir Bundesdeutschen in Zukunft leben. Es geht immer auch um die Art von sozialen Beziehungen, in denen wir mit anderen zusammen leben, um die Institutionen, mit denen wir zumindest einige dieser sozialen Beziehungen dauerhaft anlegen und organisieren, um die wechselseitigen Verpflichtungen, die wir uns untereinander freiwillig zubilligen, um unsere starken Erwartungen, die wir an unsere sozialen Verhältnisse stellen und die wir auf keinen Fall enttäuscht sehen wollen. Und es geht uns schließlich auch um die rückblickende Bewertung unserer Bundesrepublik: Was aus mehreren Jahrzehnten bundesdeutscher Wohlstandsgesellschaft ist eigentlich bewahrenswert, was dagegen gehört endgültig in die abgeschlossenen Kapitel unserer Geschichtsbücher?

Mit diesen und ähnlichen Fragen stehen die Westdeutschen übrigens vor ähnlichen Problemen wie vor wenigen Jahren ihre ostdeutschen Mitbürgerinnen und -bürger. Ihnen allerdings stellten sich derartige Fragen abrupt; und ihnen wurden eilig westlich vorgefertigte Antworten auferlegt – Antworten, die nun auch im Westen nicht mehr überzeugen.

Aber wenn's ums Ganze geht, sind nicht nur die Fragen, sondern auch die möglichen Antworten komplex. Stärker als die Jahrzehnte zuvor muß reformpolitisch in größeren Zusammenhängen gedacht werden. Die bestehende Strukturkrise läßt sich nicht einfach durch Reformen im Detail bewältigen, weder die verfestigte Massenarbeitslosigkeit noch die »neue Armut«, weder die stärkere weltwirtschaftliche Einbindung der bundesdeutschen Volkswirtschaft noch die Individualisierung der privaten Lebensformen. Natürlich wird es auch in Zukunft keine Superreform aus einem Guß geben. Gleichwohl sind Reformen notwendig, die wenigstens auf einen Entwicklungspfad zusammenpassen – und darüber hinaus mehr oder weniger alle Bundesbürgerinnen und -bürger begeistern, wenigstens aber überzeugen können.

Vielleicht ist dies der eigentliche Grund für den Reformstau: Ein stimmiger und zugleich überzeugender Entwicklungspfad konnte sich bislang noch nicht durchsetzen. An Reformvorschlägen ist dagegen kein Mangel. Tagtäglich liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch – häufig mit Halbwertszeiten von wenigen Tagen, manchmal gar wenigen Stunden. Ehe man sich ernsthaft damit beschäftigen kann, ist er schon wieder vom Tisch. Der Hinterbänkler wurde zurückgepfiffen, die Gutachter-Kommission ausgesetzt, die Beschlußlage geändert. Was dagegen fehlt, sind stimmige Reformkonzepte, die gesellschaftlich überzeugen.

Die politische Meßlatte für Reformkonzepte ist ihre Überzeugungskraft in der Öffentlichkeit. Denn in einer demokratischen Gesellschaft können Reformvorschläge nur in dem Maße als überzeugend gelten, wie sie im öffentlichen Streit der Meinungen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger überzeugen und auf diesem Wege ihren gemeinsamen Willen prägen können. Eine solche Übereinkunft über die weitere Entwicklung der Bundesrepublik ist bislang nicht in Sicht. Deswegen aber bleibt – im großen und ganzen – erst einmal alles beim alten, wiewohl das Bestehende an allen Ecken und Kanten knarrt und schabt. Unter diesem Druck reformiert man bestenfalls im Detail – und zumeist auf Kosten der Menschen, die sich am wenigsten wehren können. Für weitergehende Reformen gibt es – vorerst – keine Mehrheiten.

Nicht nur die Fragen, sondern auch die Antworten sind komplex. In kurzen Buchbeiträgen von wenigen Seiten lassen sie sich kaum in der gebotenen Breite geben. Aus der Strukturkrise führt kein Königsweg, der sich – etwa in Art der Einsteinschen Formel – kurz zusammenfassen läßt. Um so bewundernswerter ist der Mut der in diesem Buch versammelten Autorinnen und Autoren, »ihre Sicht der Dinge« brennpunktartig darzustellen und der politischen Öffentlichkeit vorzulegen. Sie beweisen den Mut, sich zu blamieren – vor den versammelten Bedenkenträgern, denen wieder einmal alles viel zu »unterkomplex« ist: Dies wurde nicht bedacht und jenes nicht ...! Trotz dieser Gefahr schneiden die vorliegenden Beiträge Schneisen durch das verwirrende Gestrüpp notwendiger Reformen, skizzieren eben Pfade der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung. Dazu aber müssen ihre Autorinnen und Autoren in groben Linien, mit wenigen Beispielen und abstrakten Metaphern argumentieren.

Gemeinsamkeiten im Detail treten dabei in den Hintergrund; deutlicher werden die Unterschiede in der Tendenz. Abschließend können wir Herausgeber selbstverständlich nicht die Antwort aller Antworten geben, können den Wettstreit der Meinungen nicht oberlehrerhaft entscheiden. Was uns aber erlaubt und möglich sein sollte, ist eine – wenngleich parteiische – Sichtung der vorgestellten Reformpfade. Dabei wollen wir versuchen, die vorgetragenen Konzepte zu sortieren und ihre Vielfalt auf das gerade noch erträgliche Minimum zu reduzieren. In dem dabei möglichen Überblick läßt sich abschließend auch die Reformoption gesellschaftlich kontrollierter Kooperationen plazieren, der dieses Buch gewidmet ist. Dabei wird noch einmal deutlich, in welchen Hinsichten die Politik der Kooperation eine Alternative zur aktuellen Standortpolitik bietet.

Die neoliberale Offensive

In den meisten OECD-Ländern sind die Propagandisten von »mehr Konkurrenz« und »mehr Wettbewerb«, von Differenz und Ungleichheit, von Deregulierung und Privatisierung in die Offensive gekommen. Sie treten heute selbstbewußt, ja kampfeslustig auf, wie weiland die Linke anno '68. Was bei den Linken das sozialistische Reich der Freiheit war, das sie mit der baldigen Überwindung des Kapitalismus im Entstehen sahen, ist für die neoliberalen Jünger der Kapitalismus selbst, den sie von den Fesseln des Staates zu befreien suchen. Wie zuvor die Linken haben sie eine umgreifende Mission: Ging es einst um das Ende des Kapitalismus, wird heute das Ende des »sozialdemokratischen Zeitalters« verkündigt. Erreicht werden soll dies auf zwei Wegen: einerseits durch den Wandel der Mentalitäten und politischen Prioritäten, durch die Abkehr vom »Sozialdemokratismus« in den Köpfen und Herzen der Menschen, und andererseits durch eine Revolution der Institutionen und Regeln, auf deren Funktionieren das »sozialdemokratische Zeitalter« angewiesen ist.

Die neoliberalen Entregler nehmen daher die ideen- und institutionenpolitischen Grundlagen des »deutschen Modells« unter Dauerbeschuß. Zumindest implizit unterstellen sie damit, daß dessen kooperative Einrichtungen noch zu stabil sind, daß es deshalb grobkörniger und ständiger Angriffe bedarf, um diese Republik in Bewegung zu verset-

zen. Ihnen geht es weniger um analytische Schärfe, sondern weit mehr um politische Wirkung. Dabei konfrontieren sie das verachtete »deutsche Modell« mit einer realen Alternative: mit dem anglo-amerikanischen Pfad einer marktradikalen Wirtschaftsgesellschaft. Auch die in diesem Band versammelten Beiträge, die sich dem neoliberalen Modell zurechnen lassen, kontrastieren dazu die Prinzipien Konkurrenz und Kooperation, Konflikt und Konsens als polare Kampfbegriffe: Konkurrenz ist gut, weil sie innovativ wirkt und für Dynamik sorgt, Konflikt ist gut, weil er politisch nach vorne treibt; Kooperation dagegen ist schlecht, weil sie konservierend wirkt und gesellschaftlichen Stillstand bringt, Konsens ist schlecht, weil er politisch lähmt.

Polarisierende Vereinfachungen gehören vermutlich zum politischen Geschäft. Auch in anderen Lagern finden sich derartige Entgegensetzungen. Dennoch gilt es jene eifernde, wenig produktive Schwarzweißmalerei zu überwinden. Sowenig Deutschland in der Vergangenheit nur durch Kooperation oder nur durch Konkurrenz, nur durch Konsens oder nur durch Konflikt geprägt war, so wenig wird sich die Bundesrepublik in Zukunft diesen Entgegensetzungen fügen.

Die Grundsatzkritiken an den Paradigmen sind alt – und auch die neoliberale Offensive fügt ihnen wenig Neues hinzu. Doch die Dinge sind im Fluß; längst schon haben sich Wirtschaft und Gesellschaft verändert. Die Bundesdeutschen leben anders als vor Jahrzehnten, sie produzieren ihren gemeinsamen Reichtum auf andere Weise, sie nutzen andere Güter und Dienstleistungen ... Sollen in Zukunft diese Entwicklungen auch politisch beeinflußt werden, dann geht es nicht nur um die Richtung, sondern auch um das Inventar der politischen Einflußnahme. Und insbesondere geht es dabei um zwei Sachverhalte, eben um die langfristig wirkenden Mentalitäten und politischen Prioritäten der Bundesdeutschen und um die gesellschaftlichen Institutionen und Regeln ihrer Republik.

Die neoliberale Offensive setzt vor allem jene unter Druck, die das Bestehende verteidigen wollen. Mit ihren polarisierenden Zuspitzungen zeigen die neoliberalen Kämpfer die Schwachstellen am Bestehenden auf, sie erweisen sich sensibel für die Machtverschiebungen in der politischen Gemengelage und bringen alle anderen politischen Lager unter Zugzwang. Sie bringen – um sie noch einmal mit den 68er Linken zu vergleichen – die Verhältnisse zum Tanzen. Und das ist gut so!

Jedoch ist ihre Kampfordnung: »Hier Markt, dort Plan!« unbrauchbar,

reformpolitisch destruktiv. Das Feld der Positionen und der möglichen Bündnisse ist in jeder Hinsicht vielschichtiger geworden, wie nicht zuletzt auch an den vorliegenden Beiträgen zu sehen ist. Man gewinnt aus ihnen aber auch den Eindruck, daß inzwischen die Sensibilität für Zwischentöne gewachsen ist.

Zwar unterwerfen sich auch die in diesem Buch versammelten Autorinnen und Autoren der Notwendigkeit, die eigenen Positionen zuzuspitzen. Denn es geht ihnen ja um politische Entscheidungen, die sie zu beeinflussen suchen. Gleichzeitig aber scheint ihnen auch bewußt, daß mit derartigen Zuspitzungen nur die schon Gläubigen angesprochen werden, diejenigen aber brüskiert werden, die sich offen für gute Argumente zeigen, deshalb aber auch gute Argumente erwarten.

So spiegeln die vorliegenden Beiträge das Dilemma, eigene Reformvorschläge in der politischen Öffentlichkeit zu vertreten, wo man zunehmend nur mit scharfen Polarisierungen auffällt, gleichzeitig aber gegenüber guten Argumenten anderer aufmerksam bleiben muß. In einer demokratischen Gesellschaft ist jedoch der Wettstreit der Meinungen und Ideen die einzige Möglichkeit, zu differenzierten Analysen und Reformkonzepten zu gelangen, die zugleich von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger geteilt und deshalb auch getragen werden. Abschottung gilt daher nicht, gefragt sind überzeugende Konzepte und gute Argumente.

Bundesdeutsche Reformoptionen – nüchtern betrachtet

Glaubt man den Protagonisten der neoliberalen Offensive, stehen sie, die tapferen Kämpfer für ein modernes Deutschland, einer Überzahl von reformunwilligen, zumindest aber reformunfähigen »Sozialdemokraten« in den beiden großen Volksparteien, aber auch in den Gewerkschaften, den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden gegenüber. Nicht einmal die Arbeitgeberverbände erweisen sich – wie etwa im Gefecht gegen die Lohnfortzahlung – als verlässliche Kampfgefährten. Dies ist aber nur die eine der polarisierenden Inszenierungen in den Standortdebatten; und die andere: Auf die Institutionen und die Moral der sozialen Marktwirtschaft fahren die Neoliberalen einen marktradikalen Angriff nach dem anderen. Ohne jeden Anstand – so wird gesagt – betreiben sie Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau. Ihnen

gegenüber stehen die letzten aufrechten Verteidiger des »Sozialen« in der sozialen Marktwirtschaft. Insbesondere den mühsam erstrittenen Sozialstaat wollen sie vor der neoliberalen Zerstörung retten. Stehen sich also gegenwärtig Liberale und Sozialdemokraten, Marktradikale und Sozialpolitiker in zwei polaren Lagern gegenüber?

Dieses einfache Bild will einfach nicht stimmen! Tatsächlich laufen die politischen Debatten häufig quer zu dieser polaren Einteilung. So wollen sich auch die in diesem Band versammelten Beiträge dieser Lagertheorie nicht fügen. Doch mehr noch: Die Gegenüberstellung von Neoliberalen und Sozialdemokraten ist politisch wenig produktiv. Reflexhaft wird jeder Reformvorschlag eilig als marktradikaler Angriff auf die soziale Marktwirtschaft abgewehrt, jede Verteidigung sozialpolitischer Errungenschaften schon als behäbige Reformverweigerung diskriminiert. Konsequenterweise wird so eine gesellschaftsweite Einigung über eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik verstellt. Ein differenzierteres Bild scheint daher dringend notwendig.

Wer wollte bestreiten, daß es sie gibt: die »große Koalition« derer, die das »deutsche Modell«, also die einst so erfolgreiche *»sozialdemokratische Variante des Kapitalismus«* verteidigen wollen. Sie suchen die in den »goldenen Zeiten« von Adenauer bis Brandt entwickelten Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bewahren – mit dem Ziel, durch einen möglichst lang andauernden Wachstumsschub mehr Beschäftigung, wenn nicht sogar wieder Vollbeschäftigung zu erreichen und gleichzeitig die etablierten Sicherungssysteme trotz bestehender Finanzierungsprobleme auf dem gewohnten hohen Niveau zu halten. Strukturelle Probleme werden dagegen eher negiert – und als mehr oder weniger kurzfristige Ausnahmeerscheinungen abgetan. So reagiert man mit detailbezogenen Modifikationen – zumeist bei den sozialstaatlichen Sicherungs- und Fürsorgesystemen.

Reformen bitte nur in dem Maße, als sie zur Bewahrung der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik unbedingt notwendig sind, heißt das Programm, und die werbewirksamen Devisen lauten: »Weiter so«, »Die Renten sind sicher« oder »Der Aufschwung kommt«, aber auch: »Arbeit, Arbeit, Arbeit« und »Den Sozialstaat bewahren«. Bestätigt sieht sich diese Reformoption durch die wirtschaftlichen und politischen Erfolge, die mit den über mehrere Jahrzehnte bewährten Institutionen und Regeln erzielt wurden. Auf deren Grundlage gelang eine historisch einmalige Wohlstandsentwicklung und – was für Deutsch-

land vielleicht noch erstaunlicher ist – die fortschreitende Demokratisierung. Entstanden ist so eine »sozialdemokratische« Variante des Kapitalismus: Eingelassen hat man sich auf die Spielregeln einer kapitalistisch verfaßten Volkswirtschaft, die aber gesellschaftlich gebunden und auf konsensfähige Ziele hin ausgerichtet wurde. Die für jede kapitalistische Volkswirtschaft notwendige Ungleichverteilung wurde – vor allem durch leistungsstarke Systeme staatlicher »Umverteilung« – abgebremst, so daß mehr oder weniger alle Bundesdeutschen in den Genuß des gemeinsam erwirtschafteten Reichtums gelangten. Was Rainer Hank in seinem Beitrag übersieht, ist, daß dabei nicht nur eine Republik am Rhein, sondern zugleich ein – um mit seinem Gewährsmann Michel Albert zu sprechen – rheinischer Kapitalismus herauskam. Ein bestimmter Kapitalismus zwar, aber eben ein Kapitalismus! Und ebenso übersieht er, daß diese rheinische Variante ein – im internationalen Vergleich – überaus erfolgreicher Kapitalismus war, was meint: als Kapitalismus erfolgreich. Seine Effizienz beruhte vor allem auf der Übereinstimmung von volkswirtschaftlichen Erfordernissen auf der einen Seite und den gesellschaftlichen Erwartungen und Institutionen auf der anderen Seite, von Wirtschaft und Gesellschaft.

Dieses »deutsche Modell« fand gesellschaftsweite Zustimmung – natürlich nicht immer im Detail, aber in seinen grundlegenden Institutionen und Regeln. Insoweit war die alte Bundesrepublik tatsächlich eine »Konsensgesellschaft«. Sie bewältigte ihre Konflikte auf der Grundlage eines breiten Einverständnisses über die politische und wirtschaftliche Ordnung. Und genau von diesem Konsens lebt auch heute noch die informelle »große Koalition«. Zwar ist der Konsens über das »deutsche Modell« längst schon zerbrochen, aber die darin verankerten Institutionen und Regeln der Wirtschafts- und Sozialpolitik finden bei der Mehrheit der Bevölkerung immer noch hohe Akzeptanz. Im großen und ganzen können sie von deren Instrumenten noch profitieren, sichern diese ihnen noch das erwünschte Leben in Wohlstand. Sie entsprechen zudem ihren politischen Erwartungen wie auch ihren moralischen Einstellungen und ihrer gewachsenen Bereitschaft zur Solidarität. Vermutlich hat also die »große Koalition« noch eine politische Mehrheit für sich – und mithin wohl auch einen entsprechenden Gestaltungsauftrag. Ironischerweise wurde dieser »sozialdemokratische« Auftrag einem christ-demokratischen Kanzler gegeben.

Dieser Kanzler hat aber nicht nur Norbert Blüm in seinem Kabinett, sondern auch einen Günter Rexroth und Horst Seehofer. So wie der Arbeitsminister – manchmal bis zur Schmerzgrenze – die Fortsetzung des »sozialdemokratischen« Kapitalismus verkörpert, vertreten diese beiden eine opponierende Reformoption, die der *marktradikalen Modernisierung* der Bundesrepublik. In Antwort auf die gegenwärtige Strukturkrise sollen – zumeist nach angloamerikanischen Vorbildern – die produktiven Kräfte des Marktes, nämlich die Eigeninitiative der einzelwirtschaftlichen Akteure im Wettbewerb um Anteile am gesellschaftlichen Reichtum, freigesetzt werden. Dazu müssen aber nicht nur die etablierten Institutionen und Regeln der Bundesrepublik radikal umgebaut, gleichzeitig müssen auch die Mentalitäten und Prioritäten der Bundesdeutschen nachhaltig verändert werden.

Die Stichworte für diese marktradikale Modernisierung sind bekannt – und finden sich auch in einigen Beiträgen zu diesem Buch wieder: Durch Deregulierung muß der Staat »auf sein Normalmaß« (Norbert Walter) zurückgestutzt, vor allem muß der Einfluß staatlicher Institutionen auf wirtschaftliche Aktivitäten verringert werden. Weiterhin sollen viele der Leistungen, die bislang noch über staatliche Systeme kollektiv bereitgestellt werden, privatisiert und so in die Verantwortung der einzelnen gelegt werden. Darüber hinaus ist die Wettbewerbsdynamik auch in den gesellschaftlichen Bereichen zu nutzen, wo sie – wie etwa im Bildungssystem – noch nicht zugelassen wird. Schließlich mutet diese Reformoption den einzelnen ein höheres Maß an sozialer Ungleichheit sowie eine größere Mobilität zu. Entlastet werden sie im Gegenzug von zwangsweise auferlegten Solidaritätsleistungen, weswegen sie andererseits derartige Leistungen auch nicht mehr in Anspruch nehmen können. Realisieren lassen sich diese Reformschritte jedoch nur, wenn der »typisch deutsche« Politikstil aufgegeben wird, über gesellschaftliche Entwicklungen möglichst auf dem Weg der Kooperation, wenn nicht gar des Konsenses zu entscheiden. Mit der marktradikalen Modernisierung wird daher auch der Aufbruch in die Konfliktgesellschaft angekündigt.

Inzwischen wird diese Reformoption – wie auch in diesem Buch nachzulesen – vor allem mit der wirtschaftlichen »Globalisierung« begründet. Was auch immer damit gemeint ist, zweifelsohne erstrecken sich wirtschaftliche Aktivitäten stärker als noch vor Jahrzehnten über nationale Grenzen hinweg. In der Folge können sich die beteiligten Akteure

einfacher als zuvor den über die Nationalstaaten laufenden Regelungen und Interventionen entziehen. Diese reale Entwicklung wird für die nächste Zukunft dramatisch ausgezogen: Auf den globalen Märkten herrschen die Gesetze des Marktes, herrscht der »Kapitalismus pur«. Gerade die wegen ihrer Exportorientierung besonders in weltwirtschaftliche Prozesse eingebundene Bundesrepublik kann dies nicht länger ignorieren. Sollen die bundesdeutschen Unternehmungen auf den Weltmärkten mithalten, soll der »Standort Deutschland« weltwirtschaftlich bestehen können, muß sich die Bundesrepublik – wohl oder übel – den Gesetzen des Marktes beugen.

In den Beiträgen zu diesem Buch spiegeln sich zwei unterschiedliche Varianten dieser Reformoption. Die einen projektieren die marktradikale Modernisierung im Interesse individueller Freiheit: Kein Staat der Welt hat mehr die Macht, so meint etwa Norbert Walter, seine kreativen Individuen zu reglementieren, und sei es auch mit den besten Absichten. Wird den einzelnen nicht die Freiheit gegeben, die sie zur Verwirklichung ihrer Ziele benötigen, dann nehmen sie sich die Freiheit, einen ihnen wohlgefälligeren Ort auf dieser Welt aufzusuchen. Diesem Freiheitsdrang müssen moderne Gesellschaften Rechnung tragen, oder sie werden wirtschaftlichen Bankrott erleiden. Die anderen dagegen betreiben die marktradikale Modernisierung aus einer gegensätzlichen Haltung, nämlich in Kritik am überzogenen Individualismus. Dies scheint uns zumindest die Quintessenz des Beitrags von Wolfgang Schäuble zu sein: Im Zuge der längst überzogenen Verregelungen sowie der übermäßigen Versorgung durch den Staat haben sich die Individuen auf goldenen Kissen gebettet. Sie sind nicht mehr bereit und auch nicht in der Lage, für sich und für ihre Mitmenschen Verantwortung zu übernehmen. Derartige Verantwortungen delegieren sie unverzüglich an den Staat, um auch selbst dessen Leistungen zu eigenen Gunsten und ohne Maßen in Anspruch zu nehmen, so aber auf Kosten der anderen zu leben. Durch marktradikale Reformen müssen die Individuen nun gleichsam gezwungen werden, ihr eigenes Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen und für sich und andere die Verantwortung zu tragen. Allerdings sind sie gleichzeitig auch wieder stärker in vormoderne Solidaritäten einzubinden, also in jene gleichsam »naturwüchsigen« Sozialzusammenhänge, in denen sie ihre Rechte und Pflichten nicht erst mühsam aushandeln müssen, sondern immer schon in Recht und Sitte vorfinden.

In beiden Analysen kommt – rückblickend – die bundesdeutsche Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft denkbar schlecht weg. Beklagen aber die einen den im Zuge von »Wohlstand für alle« zunehmenden Freiheitsverlust für die einzelnen, kritisieren die anderen das durch »Wohlstand für alle« genährtes Anspruchsverhalten und den damit verbundenen Moralverlust. Sind es im ersten Fall eher die Enkel, die – endlich befreit vom Regelungswahn ihrer Großväter und Väter – loslegen möchten, scheinen es dagegen im zweiten Fall die Großväter und Väter zu sein, die erschrocken zur Kenntnis nehmen, daß sie ihre Enkel und Kinder zu verwöhnten Blagen erzogen haben. Treten deshalb die ersten im Namen der individuellen Freiheit auf, verkündigen die zweiten dieselbe Reformoption im Namen der Subsidiarität. Zusammen aber betreiben sie eine marktradikale Modernisierung der Bundesrepublik, einen rundum ehrlichen Kapitalismus ohne »sozialdemokratischen« Schnickschnack.

Mit der großen Koalition des »sozialdemokratischen« Kapitalismus teilt die dritte Reformoption die hohe Wertschätzung der alten Bundesrepublik, vor allem die über mehrere Jahrzehnte gelungene soziale Einbindung der kapitalistisch verfaßten Volkswirtschaft sowie die fortgeschrittene Demokratisierung der Gesellschaft. Dagegen stimmt sie mit dem Plädoyer für eine marktradikale Modernisierung überein, daß die gegenwärtigen Probleme, wie die verfestigte Massenarbeitslosigkeit oder die Leistungs- und Finanzierungsprobleme bei der sozialen Sicherung als Symptome einer tiefgreifenden Strukturkrise ernst genommen werden müssen und die etablierten Institutionen und Regeln der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf den Prüfstand gehören. Dabei geht es bei der nun vorzustellenden Reformoption um die *zivilgesellschaftliche Modernisierung der Bundesrepublik*: Durch Umbauten bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik soll die zivile Entwicklung der Bundesrepublik fortgesetzt, dazu insbesondere die gleichberechtigte Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger gesichert werden.

Verpflichtet weiß sich diese Reformoption der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik. Nicht nur das föderale und parlamentarische System staatlicher Entscheidungen konnte sich bewähren; darüber hinaus hat die zivile Beteiligung mündiger Bürgerinnen und Bürger an ihren eigenen Belangen zugenommen. Um aber diese Entwicklung fortsetzen zu können, müssen auch in Zukunft nicht nur die

rechtlichen, sondern auch die materiellen Voraussetzungen allgemeiner Partizipation gesichert werden. Damit ist das *gesellschaftliche* Erfordernis genannt, auf das sich die bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik auszurichten hat: Vergleichbare Lebenslagen für alle Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen sowie sie alle gleichberechtigt an der Produktion des dazu notwendigen gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen ist die materielle Bestandsvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft. Im Gegenzug erscheinen »neue Armut« und verfestigte Massenarbeitslosigkeit als *die* reformpolitische Herausforderung: Über die damit verbundene soziale Ausgrenzung werden den von Armut und Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen gleiche Chancen zur gesellschaftlichen Partizipation verweigert – und folglich die demokratischen Standards der Bundesrepublik verletzt.

Eine entsprechend ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik hat dazu den wirtschaftlichen Akteuren die geeignete Rahmenordnung zu setzen und die Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu beeinflussen. Gleichzeitig muß dieses gesellschaftliche Erfordernis aber auch in Einklang mit den Erfordernissen einer kapitalistisch verfaßten Marktwirtschaft gebracht werden, der man in der Bundesrepublik – wie in allen anderen demokratischen Gesellschaften auch – Produktion und Verteilung der notwendigen Güter und Dienstleistungen anvertraut hat. Dazu aber braucht es nicht nur den Wettbewerb zwischen den einzelwirtschaftlichen Akteuren. Genauso bedarf es kooperativer Anstrengungen aller wirtschaftlichen und politischen Akteure, um neue Regelungen abzusprechen, gemeinsame Prioritäten in Wirtschaft und Politik auszuhandeln und schließlich die notwendige Infrastruktur für eine zukunftsfähige Wirtschaft aufzubauen.

Für die zivilgesellschaftliche Modernisierung der Bundesrepublik sollen also Staat und Markt als die beiden wirkmächtigen Koordinationsinstrumente sozialen Handelns eingesetzt – und entsprechend gesellschaftlich gelenkt werden. So wird auch der Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Nicht ein »schlanker Staat« heißt das Ziel, sondern ein gesellschaftlich kontrollierter Staat. Als Rechtsstaat trägt vor allem er die Gewähr für die formal gleichen Rechte demokratischer Partizipation; als Sozialstaat dient er der demokratischen Gesellschaft als das wirkungsvollste Instrument, die materiellen Partizipationschan-

cen für alle zu sichern. Der Sozialstaat ist mithin die notwendige Kehrseite eines demokratischen Rechtsstaates.

Wirtschaftsstandort oder demokratische Republik?

In der Bundesrepublik werden die politischen Entscheidungen gegeneinander wohl am ehesten durch die beiden ersten Reformkonzepte beeinflusst. Doch bei nüchterner Betrachtung scheint es so, daß sie sich gegenseitig blockieren, eines nur auf Kosten des jeweils anderen durchgesetzt wird, um dann aber bald selbst wieder zurückgewiesen zu werden. So bleibt auch für das Projekt einer marktradikalen Modernisierung die Bilanz eher negativ: Marktradikale Reformvorschläge beherrschen zwar die Stammtische, Talkshows und Regierungsbulletins; aber in Mark und Pfennig haben sie ihre großen Anliegen bislang nicht umsetzen können. Die beiden großen Erfolge von Deregulierung, die Änderung der Ladenschlußzeiten sowie die gesetzliche Kappung der Lohnfortzahlung, ließen sich nur schwerfällig und mühsam erzielen – und wurden bald schon gesellschaftlich konfisziert, im ersten Fall durch die Kunden, im zweiten Fall durch die Tarifparteien.

Über die Grenzen der ersten beiden Reformoptionen hinweg kann man sich wohl am besten auf eine Politik zur Sicherung des »Standorts Deutschland« einigen. Ist für die einen ein weltmarktgängiger Standort Voraussetzung dafür, daß die verteidigten Instrumente bundesdeutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik auch nur halbwegs funktionieren, ist für die anderen die Standortpolitik der Einstieg in eine radikalisierte Marktgesellschaft. Standort, Standort über alles, erschallt es deshalb überall. Zusehends verkommt die Bundesrepublik so zum bloßen Standort: Politisch zählt nur noch, was der Standort braucht. Alles, wirklich alles, wird als Beitrag zu seiner Sicherung legitimiert – und läßt sich nur noch so legitimieren. Da verwundert es nicht, daß sich inzwischen selbst die Kommunalpolitiker kleinster Dörfer dieses Jargons bedienen und den neuen Dorfbrunnen als Sicherung des Standorts Hintertupfingen preisen.

Es wäre bloß eine modische Marotte, wenn sich dadurch nicht ein Ökonomismus in den Köpfen und Herzen der Bundesdeutschen einschleichen würde. Für eine demokratische Gesellschaft ist es aber riskant, wenn alle sozialen Zusammenhänge vordringlich in der Per-

spektive des Ökonomischen betrachtet werden, wenn zudem über die gesellschaftliche Entwicklung vornehmlich von den Erfordernissen der einzelwirtschaftlichen Kapitalverwertung her verhandelt wird. Demokratinnen und Demokraten haben dagegen eine alte Binsenweisheit zu verteidigen: Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft, hat Erfordernisse der Gesellschaft zu erfüllen – und nicht umgekehrt!

Wer wüßte das nicht besser als diejenigen, die sich für die Bewahrung des »sozialdemokratischen« Kapitalismus einsetzen? Verteidigen doch gerade sie politische Instrumente, mit denen es über mehrere Jahrzehnte gelungen ist, der wirtschaftlichen Entwicklung einen gesellschaftlichen Willen aufzudrängen. Doch unter der Hand geben sie genau das Gesellschaftsideal auf, das sie zu bewahren beanspruchen. Denn ihre Treue gilt zunächst einmal den politischen Institutionen und Regeln, mit denen einst der »sozialdemokratische« Kapitalismus erfolgreich durchgesetzt und gehalten werden konnte. Seither haben sich aber die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernisse gewandelt. Genannt werden in diesem Buch vor allem die wachsende weltwirtschaftliche Integration sowie die Individualisierung und damit verbunden die Pluralisierung der privaten Lebensformen. In der Folge sorgen die im »sozialdemokratischen Zeitalter« etablierten Instrumente nicht mehr für vergleichbare Lebenslagen und für einen sozialen Ausgleich; sie tragen vielmehr zur Ausgrenzung von zunehmend mehr Menschen aus Wohlstand und Erwerbsarbeit bei. Die mit den besten Absichten verteidigte Wirtschafts- und Sozialpolitik ist also mit dafür verantwortlich, daß sich die bundesdeutsche Gesellschaft immer weiter spaltet und dabei ihren »sozialdemokratischen« Charme verliert.

Offenkundig stehen wir Bundesdeutschen vor der Alternative: Entweder werden die etablierten Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik – zumindest in ihrem Kern – fortgeschrieben, dann führen sie uns unvermeidlich zu einer immer unvollständigeren Wohlstandsgesellschaft – zu einer Gesellschaft, die wachsende Bevölkerungsteile aus Wohlstand und Erwerbsarbeit ausschließt. Diese Entwicklung findet in der negativen Utopie einer Zwei-Drittel-Gesellschaft ihren Abschluß – und mit ihr kommt eine andere, eine wenig sympathische Republik. Oder man hält an den gesellschaftspolitischen Verheißungen des »sozialdemokratischen Zeitalters« fest, beharrt also auf vergleichbaren Lebenslagen für alle, an dem dazu notwendigen sozialen Ausgleich sowie die dadurch allen Bürgerinnen und Bürgern mögliche Partizipa-

tion. Dann aber sind tiefgreifende Umbauten bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Institutionen und Regeln unvermeidbar.

Im Reformkonzept der marktradikalen Modernisierung wird eine andere, weniger sympathische Republik nicht nur in Kauf genommen, sondern – mehr oder weniger offen – intendiert: Die »sozialdemokratische« Republik muß ihr Ende finden! Als Ersatz verheißt man den Menschen weniger Staat und mehr Freiheit. Aber wie dann die Gesellschaft aussehen soll, in der die Menschen ihre neue Freiheit genießen können, wird weniger bildreich ausgemalt. Eins ist jedoch klar: Die Gesellschaft, die einer radikalisierten Marktwirtschaft entsprechen würde, ließe sich nur durch Bruch mit derjenigen Republik erreichen, in der wir leben und in der – so darf bislang vermutet werden – die Mehrheit der Bundesdeutschen auch leben möchte.

Dafür nur ein Beispiel: Was immer die marktradikale Modernisierung mit sich bringt, sie beinhaltet ein größeres Gefälle zwischen den Einkommen, also größere soziale Ungleichheit. Um die Zunahme sozialer Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft auszuhalten, braucht es bei den Menschen wie bei ihren gesellschaftlichen Institutionen entsprechende Kompetenzen. Derartige Kompetenzen haben aber weder die Westdeutschen in der alten Bundesrepublik noch die Ostdeutschen im »Arbeiter- und Bauernstaat« ausbilden müssen. Auch die politischen Institutionen sind auf die radikale Marktgesellschaft mit ihren auseinandergehenden Interessenlagen und aufgeheizten Konflikten nicht vorbereitet. Gerne propagiert man zwar den Aufbruch in eine Konfliktgesellschaft. Doch durch die aufgebrachten Bergleute in der Bonner Bannmeile auf eine erste Probe gestellt, scheiterten die Protagonisten der Konfliktgesellschaft kläglich. Als etwa die Parteizentrale der FDP umlagert wurde, erklang der liberale Ruf nicht nach Konflikt, sondern nach den Sicherheitskräften, erfreute sich der Generalsekretär nicht am Interessenstreit, sondern beschimpfte seine politischen Gegner als Aufrehrer.

So wird wohl die marktradikale Vision von einer modernen Bundesrepublik genau an dem scheitern, was sie zu überwinden verspricht, am inneren »Sozialdemokraten« in uns Bundesdeutschen, auch am – allerdings uneingestandenem – inneren »Sozialdemokraten« in unseren wackeren Marktradikalen. Verwöhnt durch sozialen Frieden und sozialen Ausgleich, gewöhnt an vergleichbare Lebenslagen und verlässliche soziale Sicherung, sind wir – wenn es denn hart auf hart kommt – gar

nicht bereit oder auch nur in der Lage, das »sozialdemokratische Zeitalter« zu verlassen und in eine ungewisse Zukunft zu ziehen. Was aber – außer Angst – bringt es dann, uns immer wieder neu etwas aufdrängen zu wollen, was nicht zu der Gesellschaft paßt, in der wir nun einmal leben und vermutlich mehrheitlich auch nur leben können? Das »sozialdemokratische Zeitalter« trotz aller Totengesänge weiterzuführen, dazu aber die Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Höhe der Zeit zu bringen, darauf setzt die Reformkonzeption der zivilgesellschaftlichen Modernisierung. Sie bietet ein moralisch anspruchsvolles Programm. Denn sie nimmt – wie das erste Reformkonzept und vermutlich im Gegensatz zum zweiten – normative Verbindlichkeiten in Anspruch, stellt dabei jedoch die überkommenen Verbindlichkeiten – wie im zweiten Projekt und im Gegensatz zum ersten – in Frage. Im Namen von »Wohlstand mit allen« mutet sie den Bundesdeutschen eine Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen und vorhandenen Arbeit zu. Dies bedeutet zwar für alle Erwerbsarbeit, aber zugleich für alle Erwerbspersonen – seien wir ehrlich! – weniger Arbeit und weniger Einkommen. Gleichzeitig erlegt sie ihnen – im Namen von »Wohlstand für alle« – auch noch eine Neuverteilung des gesellschaftlich verfügbaren Reichtums auf. Dies bedeutet zwar für alle die Teilhabe am Wohlstand und damit vergleichbare Lebenslagen, aber für die Mehrheit der Bundesdeutschen – seien wir wiederum ehrlich! – eine, wenngleich vermutlich nur minimale Minderung ihres eigenen Wohlstands.

Der Bevölkerungsmehrheit werden also Abstriche an Erwerbsarbeit und Wohlstand zugemutet, ohne daß ihnen persönliche Vorteile auf diesem Reformpfad ernsthaft in Aussicht gestellt werden könnten. Warum aber sollten die Bundesdeutschen derartige Zumutungen auf sich nehmen wollen? Warum sollten sie sich vom Konzept der zivilgesellschaftlichen Modernisierung überzeugen lassen, geschweige denn sich für einen solchen Reformpfad begeistern? Vielleicht, weil dieses Reformkonzept eine andere Seite in uns »Sozialdemokraten« anspricht: die Bereitschaft zur Solidarität. Zug um Zug sind die Westdeutschen und abrupt, dafür aber mit größerem Einsatz, auch die Ostdeutschen zu Demokratinnen und Demokraten geworden – und wissen, daß ihre Demokratie nicht zum Nulltarif zu haben ist. Jede Demokratie lebt aus der Solidarität unter den Bürgerinnen und Bürgern, die sich wechselseitig die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Partizipation gewähren.

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und »neuer Armut« ist diese Solidarität neu gefordert, Wohlstand *mit allen* zu schaffen und diesen Wohlstand *auf alle* aufzuteilen.

Kooperation hat Vorrang!

Die dritte Reformoption, also die zivilgesellschaftliche Modernisierung der Bundesrepublik, wird im Programm der Kooperation konkretisiert, wie es der Frankfurter Sozialethiker Friedhelm Hengsbach SJ – erneut in diesem Buch – vorgeschlagen hat. Was steckt hinter der Leitvorstellung gesellschaftlich kontrollierter Kooperationen? Was kann sie zur Bewältigung der gegenwärtigen Strukturkrise, was zur Überwindung von »neuer Armut« und verfestigter Massenarbeitslosigkeit beitragen?

Akteure, die miteinander kooperieren, haben ihr Vorgehen aufeinander abgestimmt und halten sich an abgesprochene Vorgehensweisen. Offenbar besteht also zwischen den Beteiligten ein Konsens, wer wann was zu tun hat. Und offenbar werden die Vereinbarungen eingehalten, obwohl der eine oder die andere sich kurzfristig einen Vorteil dadurch verschaffen könnte, daß er oder sie sich nicht an die Vereinbarung hält. Dennoch kooperieren auch einzelwirtschaftliche Akteure und erreichen auf diesem Wege gemeinsame Vorteile. Diesen Effizienzgewinn hebt das Reformkonzept der Kooperation hervor, ohne deswegen leugnen zu müssen, daß moderne Gesellschaften nur vital bleiben, wenn Konflikte ausgetragen werden und wenn Menschen untereinander in Konkurrenz treten. Aber es besteht darauf, daß Gesellschaften nicht in allen Bereichen auf die unsichtbare Hand des Wettbewerbs vertrauen können, die ein kurzfristig eigennütziges Verhalten »schon« zum Wohle aller »richten« wird.

Mit der Relativierung des Konkurrenzprinzips opponiert die Reformoption der Kooperation offenkundig zur Option der marktradikalen Modernisierung. Ihr gegenüber beharrt sie auf der gesellschaftstheoretischen Einsicht, daß eine Gesellschaft nicht allein auf der Grundlage von Wettbewerb entsteht. Zwar ist – so betont Ulrich van Suntum zu Recht – die »unsichtbare Hand« des Wettbewerbs für die Bereitstellung vieler Güter die richtige Koordinationsinstanz. Schließlich setzt derjenige, der zu unchristlich früher Zeit frische Brötchen verspeisen möch-

te, wohl besser mit Adam Smith auf das Gewinnstreben des Bäckers als auf dessen Nächstenliebe oder Kooperationsbereitschaft. Aber – so zeigt Wolfgang Kersting – das gegenseitige Mißtrauen von Individuen, die überall und zu jeder Zeit nur auf ihren eigenen kurzfristigen Vorteil bedacht sind, schaukelt sich zu einem Krieg aller gegen alle auf. Deshalb ent- und besteht eine wenigstens minimal stabile Gesellschaft nur, wenn die beteiligten Gesellschaftsmitglieder miteinander kooperieren: aufgrund tradierter gemeinsamer Überzeugungen oder – immer häufiger – auf der Grundlage von Übereinkünften, Verabredungen und Verträgen.

Daß Märkte Voraussetzungen haben, die nicht durch Wettbewerb der Beteiligten geschaffen werden können, ist eigentlich auch der liberalen Wirtschaftstheorie nicht unbekannt. Sie werden als Rahmenbedingungen und Marktregeln, als Infrastruktur, öffentliche Güter und sozialer Frieden thematisiert. Offenbar ist jede individuelle Leistung eines »Leistungsträgers« von einer ganzen Heerschar gesellschaftlicher Vorleistungen abhängig. Oder anders ausgedrückt: Der Wohlstand in der Gesellschaft ergibt sich aus einem höchst komplizierten Bündel von Handlungen, so daß der Wohlstandsbeitrag eines einzelnen, seine individuelle Leistung, objektiv gar nicht bestimmt werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft würden höchst fahrlässig handeln, würden sie die anspruchsvolle Aufgabe, dieses Ineinander von Leistungen und Vorleistungen zu koordinieren, allein der »unsichtbaren Hand« des Wettbewerbs anvertrauen. Statt dessen bestimmen sie, welche Güter und Dienstleistungen durch eigennützig handelnde Individuen auf Wettbewerbsmärkten bereitgestellt werden sollen, welche durch staatliche Institutionen und welche durch freiwillige Solidaritäten. Dazu und zur Koordination ihrer Handlungen werfen sie gemeinsam ein ganzes Netz von Regeln – auch von staatlich durchgesetzten Regeln – über ihr Handeln.

Daß sich die Individuen an diese Regeln auch dann halten, wenn sie dazu auf kurzfristige Vorteile verzichten müssen – dieses Verhalten, das die Spieltheorie als »Kooperation« bezeichnet –, mag in modernen Gesellschaften weniger selbstverständlich sein als in traditionellen Gemeinschaften. Aber das Bild der Wolfsgesellschaft, in der jeder mit jedem im Wettbewerb um kurzfristige eigene Vorteile steht, läßt vor einer Reformoption zurückschrecken, die in allen gesellschaftlichen Bereichen Konkurrenz einsetzen und eigennütziges Handeln entfesseln

will – und so die solidarische Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger untereinander aushöhlt.

Eine Reformpolitik der Kooperation sucht statt dessen das Unwahrscheinliche, nämlich anspruchsvolle Kooperation, wahrscheinlicher zu machen. Wahrscheinlicher werden Kooperationen, das Einhalten gemeinsam abgestimmter Aktivitäten, wenn die Akteure von den Zielen überzeugt sind, für deren Verwirklichung sie miteinander kooperieren. Daß die Bereitschaft sinkt, die eingespielten Kooperationsformen des »deutschen Modells« einzuhalten, ist demnach nicht in der Unzeitgemäßheit von Kooperation begründet, sondern im Festhalten an alten, längst nicht mehr zeitgemäßen Kooperationszielen. Es bedarf daher – so zeigt etwa Christa Nickels auf – eines neuen Konsenses über die Ziele und Wege der Kooperation – es bedarf eines neuen Gesellschaftsvertrags.

Im alten Gesellschaftsvertrag der alten Bundesrepublik wurden nicht nur – wie Wolfgang Schäuble mit Hinweis auf die elaborierten Vertragstheorien neuzeitlicher Sozialphilosophie vermutet – Art und Weise legitimer Herrschaft geregelt, wurden nicht nur Föderalismus und Parlamentarismus der staatlichen Entscheidungsprozesse vereinbart. Abgesprochen wurden auch die gesellschaftlichen Grundlagen von Staat und Wirtschaft, etwa daß im nationalen Rahmen »Wohlstand für alle« durch Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung der Männer sowie Familienarbeit ihrer Ehefrauen erreicht werden sollte.

Zukunftsfähige Kooperationen werden dagegen nur möglich sein auf der Grundlage neuer Vereinbarungen: weil das Wachstum an seine ökologischen Grenzen stößt, weil Vollbeschäftigung in den nächsten zehn Jahren nicht zu erreichen, gleichzeitig die verfestigte Massenarbeitslosigkeit nicht noch weitere zehn Jahre tolerierbar ist, weil die Frauen ihre häusliche »Dienstverpflichtung« und damit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufgekündigt haben und weil die Internationalisierung von Märkten die Verteidigung einer nationalen Wohlstandsinsel durch nationale Wirtschaftspolitik unmöglich macht. Neu vereinbart werden müssen vermutlich auch die Institutionen und Verfahren legitimer Herrschaft: weil viele Bürgerinnen und Bürger sich durch die parlamentarischen Institutionen nicht hinreichend vertreten wissen und eine Stärkung ihrer plebiszitären Mitwirkungsmöglichkeiten fordern und weil – worauf Herta Däubler-Gmelin hinweist – zunehmend staatliche Entscheidungskompetenzen von den demokratisch

kontrollierten Gremien des Nationalstaates abgezogen und übernationalen Institutionen übertragen werden.

Mit dem Plädoyer für einen »neuen Gesellschaftsvertrag« wird die Aufmerksamkeit auf Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten zwischen den Gesellschaftsmitgliedern gelenkt. Deshalb stößt ein solches Plädoyer vielerorts auf Widerspruch – und zwar nicht nur bei Graf Lambsdorff, der über die Konsensgesellschaft des »sozialdemokratischen Zeitalters« schimpft und ohne Rücksicht auf Kirchen, Gewerkschaften und die SPD den Aufbruch in die Konfliktgesellschaft wagen möchte. Ähnlich verlautet es auch aus den »linken« Lagern: Demokratie – so heißt es etwa gegen die informelle »große Koalition« der Bonner Absprachen – lebt aus Konflikten, durch die streitbare Politisierung von Themen und die kämpfende Mobilisierung von Macht. Oder man empfiehlt als Antwort auf den »Klassenkampf von oben« den »Klassenkampf von unten«, also die kämpferische Interessenvertretung im antagonistischen Streit einzelwirtschaftlicher Interessenlagen.

In der Tat leben demokratische Gesellschaften aus Prozessen von Konflikt und Kompromiß. Statt an der verordneten oder auch eingewöhnten Übereinstimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erlahmen, halten sich demokratische Gesellschaften an deren Opposition, Protest und Widerspruch flexibel. Dabei werden moderne Gesellschaften dadurch entlastet, daß sie Probleme in befristeten, deswegen aber auch revidierbaren Kompromissen »lösen« bzw. Konflikte in einem ständigen Prozeß der Konfliktaustragung ohne eigentliche Problemlösungen aushalten können. Und dennoch: Konflikte und Kompromisse leisten diese gesellschaftliche Funktion nur auf Grundlage von Übereinstimmungen, die vor allem die Voraussetzungen und Verfahren von Konfliktaustragung und Kompromißbildung im gemeinsamen Interesse der beteiligten Akteure regeln.

Ob Kooperationen auch in der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik eine Chance haben, wird davon abhängen, daß sich die Beteiligten auf einen neuen Gesellschaftsvertrag einigen, daß sie durch den öffentlichen Streit der besseren Argumente zu gemeinsamen Überzeugungen kommen. Von einer neuen Kooperationsgrundlage werden die Beteiligten aber nur zu überzeugen sein, wenn keine Gruppe den Eindruck hat, daß die notwendigen Kooperationen einseitig zu ihren Lasten gehen. Weder die Frauen noch die kommenden Generationen, weder

die Arbeitslosen noch die Ausländerinnen und Ausländer dürfen kooperativ »untergebuttert« werden. Oder anders ausgedrückt: Die Inhalte des Gesellschaftsvertrags müssen im Interesse aller Betroffenen liegen. Nur dann haben Kooperationen eine moralische Grundlage, nur dann machen die ethischen Überzeugungen der Akteure ein kooperatives Verhalten wahrscheinlich.

Kooperationen auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrags sind *erstens* Kooperationen der Bürgerinnen und Bürger. Diese stützen sich nicht mehr primär auf eine solidarische Verbundenheit zwischen abhängig Beschäftigten, sondern auf die Solidarität zwischen Demokratinnen und Demokraten. Diese garantieren sich in einer sozialen Demokratie nicht nur die formalen Mitspracherechte, sondern auch die materiellen Voraussetzungen dafür, sich in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selbst vertreten zu können. Das macht einen Umbau des Sozialstaats notwendig: Gestärkt werden müssen die Grundversicherungselemente, während bei den über die Jahrzehnte eingespielten Instrumenten der Lebensstandardsicherung im Gegenzug etwas zurückgefahren werden muß. Notwendig ist auch eine aktive Beschäftigungspolitik, mit der gesellschaftliche Ressourcen für die Ausweitung von Beschäftigung statt zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit mobilisiert werden. Und notwendig ist schließlich auch eine gleichmäßige Aufteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens, das nicht grenzenlos ausgedehnt werden kann, auf das aber jedermann und jedefrau die gleichen Anrechte hat, wie alle anderen Erwerbspersonen auch.

Kooperationen auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrags sind *zweitens* Kooperationen der Träger wirtschaftspolitischer Verantwortung. Zwar dürfte ein neuer Gesellschaftsvertrag eine Relativierung der Erwerbsarbeit enthalten, aber doch wohl eine Relativierung für alle und nicht nur für die Gruppe der Arbeitslosen und schwer Vermittelbaren. Um dem Ziel »Arbeit für alle« – wenn auch vermutlich bei weniger Erwerbsarbeit für jeden und jede – näherzukommen, bedarf es einer beschäftigungspolitischen Kooperation, die – wie Wolfgang Filc vorschlägt – die Geldpolitik mit der Tarif- und Finanzpolitik in einem überzeugenden wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept zusammenbindet. Auf diese Weise kann das Schwarze-Peter-Spiel, das Bund, Länder, Gemeinden, Gewerkschaften, Unternehmer und Banken mit der Verantwortung für mehr Beschäftigung spielen, beendet werden. Die beschäftigungspolitischen Erfolge in den Niederlanden, auf die auch in

diesem Buch verwiesen wird, zeigen vor allem eins: Die Strukturkrise auf den Arbeitsmärkten läßt sich nur auf dem Wege der Kooperationen lösen! Allerdings dürfen die beschäftigungspolitischen Kooperationen, die an die Stelle der bisherigen Kooperationsverweigerung treten sollen, nicht – wie Waltraud Schelkle betont – so aussehen, daß die Zentral-»Banker« zu einer dauerhaft-inflationären Niedrigzinspolitik gedrängt werden, die die Funktionsfähigkeit der Währung untergräbt. Schließlich bedarf es auch einer Verstärkung der internationalen Kooperation – auf kontinentaler, aber auch auf globaler Ebene. Nur mit einer solchen Kooperation kann – worauf Oskar Lafontaine hinweist – der ruinöse Wettbewerb der »Standorte« um niedrige Löhne, lasche Forschungsregulierung und niedrige Gewinnsteuern beendet werden. Freilich – so machte jüngst auch die Gruppe von Lissabon deutlich – setzt dies voraus, daß man sich auch auf globaler Ebene auf gemeinsame Ziele der politischen Steuerung verständigt.